

Effektiver Multilateralismus

Europa wie Amerika haben Anteil an einer der größten historisch-kulturellen Erungenschaften, nämlich der Säkularisierung von Werten, die aus dem Christentum entstanden sind. In dieser aufklärerischen Tradition unseres nordatlantischen religiösen Erbes wurde eine Werte- und Rechtsordnung auch für Menschen geöffnet, die außerhalb des Christentums stehen.

Transatlantischer Universalismus

Dieser Ansatz ist ein universalistischer, weil ihm eben die Überzeugung zugrunde liegt, dass diese Werte weltweit anwendbar und verbindlich sind ohne Rücksicht auf die Ethnie, die Religion oder den kulturellen Hintergrund eines Menschen oder Volkes. Wenn diese gemeinsame universalistische Ausgangsbasis offenbar so prägend ist, ist die Frage umso interessanter, an welchem Punkt dieser gemeinsame Grund endet und einer strittigen Weltsicht weicht.

Die Vereinigten Staaten werden gemeinhin als eine „instrumentalistische“ Macht beschrieben. Die Politik der USA nutzt in der Tat die beschriebenen universalen Werte der Modernität und der Humanität zur Förderung ihrer eigenen, sehr spezifischen machtpolitischen Interessen. Das bedeutet indes nicht, dass sie diese Werte nur vorschiebt, sie also nur als eine Marketingstrategie für eine wertfreie Machtpolitik nutzt. Es ist wohl eher so, dass für die amerikanische Außenpolitik

Machtpolitik und eine universale werteorientierte Politik sehr viel stärker als für die Außenpolitik der meisten europäischen Staaten Hand in Hand gehen und in der Regel gar nicht als Widerspruch oder Spannungsverhältnis begriffen werden.

Die unterschiedliche politische Grundauffassung der Europäer und der Amerikaner fasste Robert Kagan in dem Titel seines Buches *Of Paradise and Power* (2003) bildhaft zusammen. Er beschreibt die Amerikaner als vom Mars und die Europäer als von der Venus kommend. Während das internationale Politikverständnis der Europäer ein kantianisches sei, das den ewigen Weltfrieden, der von einer internationalen Rechtsordnung garantiert werde, zum Leitbild habe, sehen nach Kagan die Amerikaner die Außenpolitik nach wie vor mit den Augen eines Thomas Hobbes. Ihres Erachtens müsse man auch künftig weiter „hard power“ und nötigenfalls Gewalt anwenden, um einen Aggressor zu stoppen oder der Welt eine verlässliche Sicherheitsstruktur zu geben.

Die positive Grundhaltung zu multilateralen Problemlösungen auf der europäischen Seite ist maßgeblich beeinflusst durch die Erfahrung von zwei Weltkriegen. Nahezu alle europäischen Nationen waren im Ergebnis Verlierer dieser Kriege und beklagten erhebliche menschliche und wirtschaftliche Verluste. Die Weltkriege des zwanzigsten Jahrhunderts haben das Vertrauen der Europäer auf die Effektivität militärischer Gewalt

erschüttert und begründen die tendenzielle Scheu vor Konflikten. Auch sie hängen einem universalistischen Prinzip an, allerdings tun sie erheblich weniger, um dessen universelle Anwendung sicherzustellen. Während sich die Amerikaner im Besitz eines Planes für die Welt wähnen, erheben die Europäer einen solchen Anspruch nicht; für sie ist es schon schwierig genug, einen Plan für sich selbst zu haben – wie die langwierige Debatte um die europäische Verfassung, den Verfassungsvertrag und schließlich den Lissabonner Vertrag überdeutlich gezeigt hat.

Die Vereinigten Staaten legen ihre Priorität also eindeutig auf die Effektivität der internationalen Politik. Sie glauben an schnelle Lösungen auf der Basis einer überlegenen (im Zweifelsfalle militärischen) Technologie. Die Europäer hingegen betonen solide rechtliche Grundlagen für ihre Handlungen. Ihr Handlungsansatz ist damit eigentlich der wirklich konservative, denn sie legen eine im Kern skeptische Weltsicht zugrunde. Sie agieren im Lichte der konservativen Erkenntnis, dass jede noch so gut gemeinte weitausgreifende Aktion, welche die Welt retten soll, diese sehr schnell auch ins Chaos stürzen kann. Und nicht selten gibt der Lauf der Dinge dieser skeptisch-konservativen Grundhaltung recht. Dies zeigt beispielhaft die amerikanische Besetzung des Irak im Jahre 2003, die zwar hoffnungsvoll begann, tatsächlich aber über Jahre hinweg chaotische Zustände in diesem Land hervorgerufen hat.

Zwischen zwei Extremen

Die unterschiedlichen Perspektiven zur internationalen Politik haben auf beiden Seiten des Atlantiks auch unmittelbar zu unterschiedlichen Auffassungen des Völkerrechts geführt. Die Europäer betonen nach wie vor die Notwendigkeit der Legitimität von Handlungen. Diese Legiti-

mität muss aus der Charta der Vereinten Nationen erwachsen beziehungsweise aus den Entscheidungen der UN-Organe. Denn hier handelt es sich um die einzige wirklich universale Organisation, die alle Staaten dieser Welt auch juristisch binden kann und letztlich eine gewaltsame Durchsetzung ihrer Beschlüsse anzuordnen vermag. Diese Position des „Legalismus“ ist freilich typischerweise die Position, die von der schwächeren Partei eingenommen wird.

Die Vereinigten Staaten haben von jeher eine viel pragmatischere und instrumentalistische Haltung zum Völkerrecht. Diese Position wurde deutlich schon in der Kosovo-Krise der Neunzigerjahre. Sie wird veranschaulicht in dem seinerzeit kolportierten Gespräch zwischen der damaligen Außenministerin Madeleine Albright und einem ihrer Berater. Als dieser sie warnte und meinte: „Unsere Juristen im Außenministerium sagen uns, wir dürfen eine Intervention im Kosovo nicht durchführen“, war Albright's knappe Antwort nur: „Besorgen Sie neue Juristen!“ Für die Vereinigten Staaten ist das internationale Recht daher kein Wert an sich. Es steht sozusagen an zweiter Stelle und ist nur ein Hinweis auf eine Wahrheit, die politisch identifiziert wird. Das Recht jedenfalls sollte sich dieser Wahrheit nicht in den Weg stellen und nicht verhindern, dass sie durch politisches Handeln realisiert wird. Die Legalisierung beziehungsweise juristische Absicherung von Handlungen ist damit nur eine politische Option und nicht a priori ein moralisches Gebot. Konsequenz zu Ende gedacht, fegt dieser Ansatz über drei Jahrhunderte europäischer Völkerrechtstradition zur Seite.

Diese instrumentalistische Sicht des Völkerrechts wurde nach den Terroranschlägen des Jahres 2001 ins Extreme gesteigert. Auch in der akademischen Welt wurden wir Zeugen einer wachsenden Haltung, die das Völkerrecht für tot hielt.

Einer der konsequentesten Vertreter dieser „nachvölkerrechtlichen“ Ära der amerikanischen Völkerrechtswissenschaft ist Michael Glennon. Seine These ist, dass der bestehende Völkerrechtskörper im Allgemeinen und insbesondere das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen in der Praxis der letzten Jahrzehnte niemals effektiv funktioniert hat. Er beklagt aber nicht nur die mangelnde Rechtsdurchsetzung, sondern folgert aus der Unfähigkeit der Vereinten Nationen, den Frieden auch effektiv sicherzustellen, dass das zugrunde liegende Rechtsregime auch seine Rechtsgeltung verloren habe. Aus einem politischen Befund leitet er rechtliche Konsequenzen ab. Sich dennoch an das internationale Recht zu halten würde seines Erachtens die Vereinigten Staaten nur davon abhalten, ihre humanitären Ziele zu erreichen, welche letztlich der gesamten zivilisierten Welt zugutekämen. Dieser Ansatz Glennons wird von vielen amerikanischen Juristen geteilt, die sich mehrheitlich allerdings nicht aus der Völkerrechtswissenschaft, sondern aus dem Bereich der konservativen Staatsrechtler rekrutieren.

Markiert insbesondere Glennon das Extrem einer amerikanischen antivölkerrechtlichen Haltung, so findet sich auf der anderen Seite immer noch eine sehr große Anzahl vorwiegend europäischer Völkerrechtler, die auf dem Boden eines tradierten Völkerrechtsverständnisses ausharren, aber dabei die machtpolitischen Veränderungen und die neuen Herausforderungen des internationalen Terrorismus der letzten Jahre juristisch so gut wie gar nicht zur Kenntnis nehmen. Sie bleiben bei einer engen Auslegung der Satzung der Vereinten Nationen. Weil sie rechtlich keine Veränderungen beobachten, gibt es für sie auch keine Notwendigkeit einer veränderten Auslegung der UN-Satzung. Die traditionelle Völkerrechtsordnung im Kontext der Vereinten Nationen geht in all ihrer Schönheit langsam unter. Dog-

matische Konsistenz wird mit realpolitischer Irrelevanz erkaufte.

Ein pragmatischer Mittelweg

Allerdings zeichnet sich mehr und mehr ein pragmatischer dritter Weg zwischen diesen beiden Extremen ab. Er wird von einer wachsenden Zahl zumeist jüngerer europäischer Völkerrechtswissenschaftler eingeschlagen. Sie haben erkannt, dass insbesondere im Lichte der jüngeren Entscheidungen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen in der unmittelbaren Folge des 11. September 2001 sich zwangsläufig die Auslegung der UN-Satzung wandelt. Sie sind bereit, die Vorschriften dieser Satzung extensiv bis an die Grenze ihres Wortlautes auszulegen. Dies gilt insbesondere für die vier wesentlichen Voraussetzungen für den Einsatz von militärischer Gewalt.

Danach kann *zum Ersten* ein Angriff, der bekanntlich sowohl Reaktionen des Sicherheitsrates rechtfertigen kann als auch das „inhärente“ Recht auf Selbstverteidigung zu aktivieren vermag, nicht mehr nur von einem Staat ausgehen, sondern eben auch von einem nicht staatlichen Akteur wie etwa einer international agierenden terroristischen Gruppe. *Zum Zweiten* kann die Verteidigung beziehungsweise Selbstverteidigung gegen einen solchen Angriff dann gegen einen Staat gerichtet werden, der diesen Angriff zwar nicht selbst ausführte, den nicht staatlichen (also in der Regel terroristischen) Akteuren allerdings einen „sicheren Hafen“ bot. *Zum Dritten* können solche Verteidigungshandlungen auch „präemptiv“, also nicht erst während einer bereits begonnenen Handlung, erfolgen. Und *zum Vierten* kann eine militärische Intervention auch zur Verteidigung der Menschenrechte innerhalb eines Landes erfolgen, wenn etwa eine Minderheit der Bevölkerung systematisch verfolgt oder gar ausgerottet wird.

Klar ist für diesen „dritten Weg“ des Völkerrechts aber auch, dass es Grenzen für eine solche erweiternde Auslegung gibt. Die Akzeptanz *präemptiver* Selbstverteidigungshandlungen bedeutet eben nicht, dass auch *präventive* Selbstverteidigungshandlungen gerechtfertigt sind, wenn eben keine konkrete Gefahr dargelegt werden kann. Dennoch: Die Konsequenzen dieser Völkerrechtsbetrachtungen sind nicht zu unterschätzen. Eine solche Auslegung der Satzung der Vereinten Nationen vermag sowohl den Kosovo- als auch den Afghanistan-Krieg ohne Weiteres zu rechtfertigen. Die Invasion des Irak im Jahre 2003 muss aber auch vor der Folie dieses Rechtsverständnisses als völkerrechtswidrig erscheinen. Es ist indes mehr als ein Zufall, wenn gerade derjenige Krieg, der auch militärisch zu einer Katastrophe zu werden droht, zugleich die Grenzen des Völkerrechts überschreitet. Völkerrecht und internationale Realpolitik entstammen offenbar keinen gegensätzlichen Welten. Auf das Völkerrecht zu hören ist vielmehr in der Regel auch die in politischer Sicht weiseste Entscheidung.

Bedeutung der UNO

Seit den Terrorangriffen auf die USA am 11. September 2001 und deren verstärkter unilateraler Ausrichtung ist die Autorität der UNO zunehmender Belastung ausgesetzt. Die Annahme einer UN-Krise ist dennoch eine Übertreibung. Das Veto-Recht der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, das Hauptursache für die Lahmlegung dieses Gremiums darstellt, ist keineswegs ein neues Phänomen, sondern begleitet die Vereinten Nationen seit ihrer Gründung. Nur in einem kurzen Zeitfenster in den Neunzigerjahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und in den Monaten unmittelbar nach den furchtbaren Angriffen des 11. September konnte Einstimmigkeit im Sicherheitsrat leichter hergestellt wer-

den. Seither ist der Sicherheitsrat lediglich in seinen *Status quo ante* zurückgefallen. Andererseits waren die Vereinten Nationen selbst in den Jahren des Kalten Krieges keineswegs gänzlich unfähig, zu handeln und einen positiven Beitrag für die Sicherung des Weltfriedens zu leisten.

Der Grund für den besonders skeptischen Blick auf die Vereinten Nationen ist weniger eine Verschlechterung der Zusammenarbeit der maßgeblichen Mitgliedstaaten in langfristiger Perspektive als vielmehr eine erhebliche Steigerung der Erwartungshaltung an die Vereinten Nationen. Die Herausforderung insbesondere des internationalen Terrorismus lässt es umso dringender erscheinen, über eine starke und effektive globale Organisation zu verfügen. Im Licht dieser Erwartungshaltung müssen die Vereinten Nationen in der Realität freilich enttäuschen. Bei den Vereinigten Staaten geht diese Enttäuschung so tief, dass sie auch noch den Rest ihres ohnehin nie sehr großen Glaubens an das Gebilde „Vereinte Nationen“ verloren. Er wäre indes törricht, wenn die Europäer ihnen in dieser Resignation folgten.

An die Stelle einer internationalen multilateralen Ordnung, die jedenfalls in Teilen auf dem Rechtsregime der Vereinten Nationen aufbaut, haben die USA ihre Außenpolitik der letzten Jahre nach der sogenannten Bush-Doktrin formiert.

Es wäre naiv anzunehmen, dass eine neue (auch demokratische) Administration von dieser Doktrin gänzlich abrückt. Sie basiert im Wesentlichen auf fünf Grundthesen. (1.) Amerika ist danach im Krieg mit dem globalen Terrorismus und muss mit den terroristischen Netzwerken und ihren staatlichen Unterstützern fertig werden. (2.) Der Angriff ist die beste Form der Verteidigung, die als Präemption in einem noch frühen Stadium ausgeübt werden muss. (3.) Amerika muss dabei unabhängig handeln, um seine Freiheit zu bewahren

– was allerdings nicht notwendigerweise heißen muss, dass es allein handeln muss. (4.) Der konsequente Gebrauch der amerikanischen (militärischen) Macht werde potenzielle Freunde ermutigen, sich den Vereinigten Staaten anzuschließen, und potenzielle Feinde von der Verfolgung ihrer „bösen“ Ziele abhalten. Und schließlich: (5.) Die beste Antwort auf den globalen Dschihad ist nach der Bush-Doktrin der weltweite Export der Demokratie. Im Gegensatz zu einer weitverbreiteten Meinung ist die Bush-Doktrin allerdings keine Absage an den Multilateralismus in jeglicher Form. Schon der Irak-Krieg hat gezeigt, dass es für die Vereinigten Staaten nach wie vor von Bedeutung ist, eine Koalition zu bilden und andere Nationen für eine militärische Beteiligung zu gewinnen. Es wird dadurch immer noch eine gewisse politische, wenn auch vielleicht nicht juristische Legitimation für ihre Kriege vermittelt. Ein multilaterales Vorgehen wird durchaus angestrebt, solange es sich allerdings nach den Regeln der Vereinigten Staaten, nicht aber zwingend nach denen der Vereinten Nationen abspielt: Die Mission definiert die Koalition; nicht die Koalition definiert die Mission!

Eine neue Weltordnung?

Als Alternative zum klassischen Völkerrecht der UN wird immer wieder die Vision einer neuen internationalen Weltordnung artikuliert. Nur ein *Tabula rasa* der gegenwärtigen Vereinten Nationen könne eine internationale Rechtsordnung neu errichten, die effektive Antworten auf die neuartigen Herausforderungen gebe. Der Ruf nach einer gänzlich neuen Weltordnung gerät so zur Rechtfertigung einseitiger Aktionen der Vereinigten Staaten, solange eine solche neue Ordnung eben nicht in Sicht ist.

Die Geschichte lehrt, dass ein solch gänzlich neues System internationaler Be-

ziehungen allenfalls unter ganz exzeptionellen Umständen denkbar ist. Nur nach äußerst blutigen und lang anhaltenden Kriegen gelangen solche Umwälzungen der internationalen Rechtsordnung: 1648 nach dem Dreißigjährigen Krieg, 1815 nach der Französischen Revolution und den napoleonischen Kriegen, 1918/19 nach dem Ersten Weltkrieg und 1945 nach dem Zweiten Weltkrieg. Es mag sein, dass für viele in den Vereinigten Staaten die Angriffe auf das World Trade Center und das Pentagon im Jahre 2001 zunächst eine vergleichbare Dimension annahmen. Für den Rest der Welt und wahrscheinlich in der Rückschau auch für die Mehrheit der Amerikaner sind diese Ereignisse des 11. September, so furchtbar sie auch waren, allerdings nicht ernsthaft mit solchen langjährigen und nahezu die gesamte Bevölkerung umfassenden Kriegen zu vergleichen. Das historische Momentum für einen kompletten Umbau oder besser einen Neuaufbau der Vereinten Nationen existiert daher einfach nicht.

Festzuhalten bleibt also, dass es nicht nur unmöglich ist, eine neue Weltordnung aufzubauen, sondern auch dass die Bush-Doktrin beinahe auf der ganzen Linie gescheitert ist. Nur zur Erinnerung: Der Krieg im Irak hat die terroristischen Netzwerke dort gestärkt und zum Teil erst die Gründung neuer induziert. Neue lokale Aufstände wurden erst nach dieser Invasion möglich. Der Effekt, dass sich Alliierte den Vereinigten Staaten infolge des Irakkrieges in ihrer Strategie anschlossen, trat nicht ein, und die Abschreckung möglicher Feindstaaten blieb ebenfalls aus. Und nicht zu unterschätzen ist schließlich, dass die amerikanischen Versuche, Demokratien gegen den Heiligen Krieg des Islam als Bollwerke zu errichten, fehlschlagen. In Palästina etwa gingen aus demokratischen Wahlen eben keine freiheitlich-demokratischen Kräfte, sondern die radikalen islamisti-

schen Kämpfer der Hamas als Sieger hervor.

Wenn also Alternativen nicht funktionieren, stellt sich umso vehementer die Frage, ob es realistische Hoffnungen für einen „effektiven Multilateralismus“ auf der Basis bestehender Strukturen gibt. Nach dem Desaster der US-Politik insbesondere im Irak wird auch auf jener Seite des Atlantiks klar, wie unverzichtbar multilaterales Vorgehen ist. Die Vereinigten Staaten allein, und selbst dann, wenn sie mit einer kleinen Zahl von Alliierten vorgehen, bringen nicht die notwendige Legitimität für ihre militärischen Aktionen mit. Ganz abgesehen von den juristischen Implikationen, schwächt dies auch ihre moralische Kriegsführung, die gerade in einer globalisierten Medien-Welt fast so wichtig wird wie der tatsächliche militärische Krieg am Boden. Und diese mangelnde internationale Legitimität hat offensichtliche Rückwirkungen inzwischen selbst auf die amerikanische Öffentlichkeit.

Voneinander lernen

Aber nicht nur die Effektivität ist auf Legitimität angewiesen. Umgekehrt ist eben auch die Effektivität der internationalen Politik ohne Alternative. Ein Multilateralismus ohne Effektivität hilft nicht weiter.

In einem ersten Schritt ist es daher unabdingbar, dass zum einen die USA von Europa etwas über Multilateralismus und Koalitionsbildungen lernen und auf der anderen Seite Europa etwas lernt von den Vereinigten Staaten über die Effektivität außenpolitischer Aktionen.

Die Europäer betonen mehr noch als die Vereinigten Staaten die Bedeutung der Menschenrechte in der internationalen Politik. Werden Menschenrechte verteidigt, ist Europa sehr viel offener selbst für militärische Interventionen, als wenn es um die Verfolgung von Machtinteressen im klassischen Sinne geht. Vielleicht wären die Europäer sogar geneigter ge-

wesen, den Irak-Krieg zu akzeptieren oder zu unterstützen, wenn die Vereinigten Staaten ihr Nebenziel, die humanitäre Situation der Kurden im Nord-Irak zu verbessern, in den Mittelpunkt ihrer Argumentationsführung gestellt hätten. Europa ist ferner bereit, die sogenannte zweite Generation des Völkerrechts zur Grundlage ihrer internationalen Politik zu erheben. Dies kommt einer nicht zu unterschätzenden Bereitschaft gleich, den so lange für juristisch „heilig“ gehaltenen „Panzer“ der staatlichen Souveränität in Einzelfällen zu durchbrechen, wenn nur dadurch etwa Gräueltaten wie ethnische Säuberungen unterbunden werden können. Das Positiv-Beispiel hierfür ist der Kosovo. Aber Europa hat diesbezüglich wohl noch mehr gelernt von den Gegenbeispielen Bosnien und Ruanda, wo man eben (noch) nicht bereit war, diesen „Souveränitäts-Panzer“ im Interesse der Menschen zu durchbrechen, und unter den Augen europäischer Soldaten übelste Grausamkeiten begangen wurden. Aus diesen Beispielen hat Europa gelernt, dass multilaterale Lösungen im Zweifelsfall nur effektiv durchgeführt werden können, wenn dies gemeinsam mit den Vereinigten Staaten geschieht. Realistischerweise wird Europa allerdings nicht davon ausgehen können, dass ein Mittun der Vereinigten Staaten in jeder Hinsicht auf Augenhöhe erfolgen kann. Amerika wird nicht beanspruchen können, Europa die Bildung und das Vorgehen einer Koalition zu diktieren, allerdings ist es aufgrund seiner herausragenden faktischen Stellung sicherlich ein *Primus inter Pares*. Nur ein Völkerrecht, das diese besondere Rolle der Vereinigten Staaten zur Kenntnis nimmt, hat die Chance, die Realitäten innerhalb der internationalen Politik abzubilden, und kann eine rechtlich bindende Kraft im einundzwanzigsten Jahrhundert behaupten.

Auch die USA haben ganz offensichtlich aus dem Irak-Krieg bittere Lehren

ziehen müssen. Für den Fall einer demokratischen Präsidentschaft ab dem Jahre 2009 gibt es ganz offensichtlich gute Chancen auf einen Neuanfang. Von jeher tendieren die Demokraten zu einer größeren Offenheit im Dialog mit Europa. Andererseits werden sie von Europa im Gegenzug mehr Engagement innerhalb dieser Zusammenarbeit einfordern. Und das gilt natürlich vor allem für ein militärisches Engagement. Wenn die Bereitschaft der Vereinigten Staaten, einseitig umfangreiche militärische Engagements zu schultern, in der Zeit unmittelbar nach dem 11. September 2001 maßgeblich auf der fast einhelligen öffentlichen Unterstützung für die Politik von Präsident Bush basierte, so erleben wir derzeit exakt das Gegenteil. Die Unterstützung bröckelt, und die Außenpolitik wird in den Vereinigten Staaten erstmalig seit Jahrzehnten nicht mehr in der Bevölkerung konsensual und überparteilich betrachtet. Es gibt insbesondere zwischen Republikanern und Demokraten erbitterte Kämpfe über die richtige Außenpolitik. Diese werden sich in den nächsten Jahren eher noch verschärfen. Gerade dies wird dazu führen, dass die Vereinigten Staaten ein deutlich weniger selbstsicherer Akteur auf der internationalen Bühne sein werden.

Sind derzeit im Wahlkampf alle Augen auf Barack Obama gerichtet, so verdient es doch festgehalten zu werden, dass das detaillierteste außenpolitische Programm der republikanische Präsidentschaftskandidat John McCain vorweist, der zudem auch über die größte außenpolitische Erfahrung aller Kandidaten verfügt. Er wartet mit konkreten Ideen zur Revitalisierung der transatlantischen Partnerschaft auf. Hierzu gehört nicht nur eine gemeinsame Energiepolitik, ein transatlantischer gemeinsamer Markt, sondern auch eine institutionalisierte Kooperation bei The-

men wie Klimawandel, Entwicklungszusammenarbeit und der internationalen Förderung von Demokratie. Ein Präsident McCain würde sicherlich noch weit mehr als demokratische Präsidenten substanzielle Teile der Bush-Doktrin erhalten. Aber es ist eben nicht davon auszugehen, dass in seiner Außenpolitik weiter die Mission die Koalition definiert. Im Gegenteil, es ist gerade McCain, der den interessanten Vorschlag einer Ergänzung der Vereinten Nationen durch eine weltweite Liga der Demokratie macht. Inwieweit ein solcher Vorschlag realistische Chancen auf eine zeitnahe Umsetzung hat, ist zwar schwerlich abzuschätzen. Der Ansatz einer intensiveren und dauerhaften Zusammenarbeit demokratischer Staaten innerhalb des UN-Rahmens – sozusagen als „Fraktion“ in der UN-Generalversammlung – zeugt deutlich von einem grundsätzlichen Bekenntnis zum Multilateralismus. Die Chancen für eine evolutionäre Verbesserung der internationalen Rechtsordnung mithilfe der USA stehen gut. Auch die Aussichten eines „effektiven Multilateralismus“ sind besser als zumindest im letzten halben Jahrzehnt.

Nicht nur im transatlantischen Dialog, sondern auch soweit wir mit den neuen Weltmächten in Asien interagieren, muss uns bewusst werden, dass gerade Europa und Amerika bei allen Verschiedenheiten die gleichen Werte und das gleiche grundsätzliche Konzept teilen, wie Menschen und Völker zusammenleben sollten. Dies sind im wahrsten Sinne universale Werte und Politik-Konzepte, deren internationale Durchsetzung nur dann möglich ist, wenn die Vereinigten Staaten und Europa geschlossen zusammenstehen. Um es mit den Worten eines der Gründerväter der Vereinigten Staaten von Amerika, Benjamin Franklin, zu sagen: „Well gentlemen, we must all hang together now, or assuredly we shall all hang separately.“